

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung vom 14. April.

12 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Caprivì, Führ. von Müschall u. A.

Die Verlesung des Antrags des Abg. Grafen v. Kanitz betr. den Einkauf und Verkauf des zum Weinbau im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides etc. für Rechnung des Reichs wird fortgesetzt.

Abg. Will (konf.), auf der Tribüne sehr schwer verständlich, führt aus, daß der Abg. Graf Kanitz gestern die Durchführbarkeit seines Antrags nachgewiesen habe. Der Abg. Dr. Barth hat sich für die Landwirtschaft und für den Bauernstand ausgesprochen. Die Annahme, daß der Antrag einen Vertragsbruch bewirke, sei ganz unverständlich. Hauptfrage des Abg. Barth scheint es zu sein, daß der Kaufvertrag durch den Antrag aus der Welt geschafft werden würde. Der kleine Bauer leide womöglich noch mehr als der Großgrundbesitzer, denn dieser könne doch noch Industrie mit der Landwirtschaft verbinden. Die Regierung und alle Seiten des Hauses versichern stets ihr Wohlwollen für die Landwirtschaft; nur die Sozialdemokraten machen eine Ausnahme, denn sie wüßten, daß ein klüßliches Bauernvolk eine unermessbare Burg für sie ist. Aber mit Wohlwollen allein wäre der Landwirtschaft nicht geholfen. Die Bauern haben gewünscht, daß die Zölle nicht herabgesetzt, sondern erhöht werden wären. Unvergeßlich werde dem Fürsten Bismarck die Einführung der Schutzzölle bleiben. Die Grundbesitzer müßten eine angemessene Rente verlangen. (Hört! hört!) Es könne doch niemand verlangen, daß die Bauern für die Konsumenten umsonst arbeiten. Der Reichstagsrat sehe Deutschland als einen Industriestaat an; er überlege dabei aber, daß eine kaufkräftige Landwirtschaft die Grundlage aller Wohlstandes sei. Jetzt stehe der kleine Grundbesitzer in der Lebenshaltung zurück hinter den Arbeiter. (Sehr richtig! recht!).

Abg. Dr. Bachem (W.). Es handelt sich darum, ob der Antrag ein gangbarer Weg ist oder nicht. In den Ausführungen des Abg. Grafen Kanitz habe ich jeden Beweis dafür vermisst. Der Abg. Dr. Barth wolle nachweisen, daß der Antrag der Vertragszusage widerspreche. Tiefen Punkt will ich nicht berühren, denn es kommt nicht darauf an, ob der Antrag nur auf zehn Jahre nicht durchzuführen ist, sondern ob er für alle Zeiten unmöglich ist. Der Antrag beschneidet einen bisher noch nicht behandelten Weg. Nach meiner Ansicht ist der Antrag überhaupt unmöglich, wenn wir nicht unsere christlich-germanische Kultur nach ihrer wirtschaftlichen und ethischen Seite hin in Frage stellen wollen. Abgesehen aber, ob der Weg unbedenklich ist, würde denn das den von dem Antrager gewollten Zweck, den Zollanlass auf dieselbe Höhe zu heben wie den Preis für das ausländische Getreide, erfüllen? Ich halte das für unmöglich. Bei einer guten Ernte würde stets der Preis bestimmt werden durch das inländische Getreide, erst in den letzten Elementen würde das ausländische Getreide zum Konsum kommen. Mit demselben Rechte wie die Fixierung eines Preises nach unten würde man auch die Fixierung eines Preises nach oben verlangen können. Das zu beantragen unterläßt Sie aber. Deutschland ist doch nicht losgelöst von dem Ausland; wenn der Plan überhaupt durchzuführen werden soll, kann es nur möglich durch internationale Vereinbarungen. Die Konsequenz des Antrags ist die Verfallklärung des gesamten, auch des inländischen Getreidehandels. Was sollte dann aber den Staat noch abhalten, auf die Getreideproduktion zu monopolisieren; begünstigen würde das mit der Übernahme des Preises der nicht mehr leistungsfähigen Grundbesitzer auf den Staat. Das geschieht ja schon jetzt in der Provinz Posen durch den Polenfeind. Einen solchen Feind würde ich auch für andere Provinzen ganz gut finden, wenn er losgelöst werde von der vereinerlichen Germanitätensendung. Der Antrag würde aber auch ein ganz gewaltiges Betriebskapital für den Staat in Anspruch nehmen, der bei günstigen Konjunkturen Getreide aufkaufen und in zahlreichen Vorrathshäusern aufspeichern müßte. Welche enormen Summen würde aber nicht die Monopolisierung des inländischen Getreides in Anspruch nehmen! Wer würde diese enormen Summen aufbringen? Darüber müssen Sie doch auch Rechenschaft geben. In der Rede des Grafen Kanitz habe ich davon aber nichts gehört. Wenn nun der Staat diese großartige Spekulation macht und er verreckt ist, so daß statt Gewinne Verluste eintreffen, sollen die von denen getragen werden, die eventuell den Gewinn davon gehabt hätten, oder soll sie der allgemeine Staatsfiskus übernehmen? Auch darüber haben Sie geschwiegen. Und daß der Staat sich verpflichten kann, kann man doch nicht leugnen. Wohl aber ist die Fixierung der Preise für Getreide? Für uns im Westen ist oft die Hochproduktion wichtiger als die des Getreides. Wir meinen dann wohl die Holzpreise, die Holzpreise, schließlich auch die Kohlenpreise fixieren müssen. Auch der Lohn der künftlichen Arbeiter wird fixiert werden müssen. Aber nach welcher Norm? Willst du gleichmäßig über ganz Deutschland? Dann müßten Sie dieselben Löhne zu bezahlen haben wie im Süden und Westen. Und beginnen wir erst damit, was kann und davon abhalten, daß die Industrie und das Gewerbe dasselbe für sich in Anspruch nehmen. Dann kommen wir zum Minimallohn und der einzige Unterschied ist der, daß die Herren von der Linken den Minimallohn für die industriellen Arbeiter verlangen. Sie aber die Minimalrente für den Grundbesitzer. Sozialismus ist beides. Der Weg, den Sie beschreiben, geführt die Gemeinde, zerstört die Familie genau ebenso, wie die Bestrebungen der Herren von der äußersten Linken. Die Familie ist nur zu erhalten auf dem Boden der jetzigen Staatsordnung. Nachdem der Antrag auf die Tagesordnung gekommen ist, war es gut, ihn nach allen Richtungen zu erörtern, sonst wäre er ins Land gegangen und hätte dort unglückliche Bewirung angerichtet. Der ganze Antrag ist unglücklich auf die Verhältnisse im Osten, auf die des Westens nimmt er keine Rücksicht. Die Landwirtschaft im Westen und Süden würde die Staatsschuld aufgehoben werden.

Ferner ist es der Landwirtschaft wie keinem anderen Stande mit staatlicher Hilfe und Förderung erwünscht worden, ihre Schulden abzuhafen. Der Steuerform ist in erster Reihe im Interesse der Landwirtschaft vorzuziehen worden. Ich erinnere ferner an das Währungsrecht sowie an das, was auf noch Staatskasse für Dampfmittel, wir hatten Ausnahmesteuern für Futtermittel und zahlreiche Grundbesitzer, die sich nicht vertieren, werden nur im Interesse der Landwirtschaft für Hunderte von Millionen gekant. Wie kann man da behaupten wollen, es gefahre nichts für die Landwirtschaft! Daß die Lasten in Folge der sozialpolitischen Gehe sehr hoch sind, verneine ich nicht. Aber Sie vergessen dabei, daß nur durch Ihre Hilfe das Alters- und Invaliditätsgesetz zu Stande kommen konnte. (Zustimmung.) Die Rechte hat sich diese Lasten trotz erster Mahnungen aus meiner Partei selbst angeeignet. Ganz falsch ist die Behauptung des Grafen Kanitz, daß die jetzige mäßige Finanzlage des Reichs die Folge des russischen und russischen Handelsvertrages wäre. Sie stammte von der Willkürverlager, der die Rechte einmüthig zugestimmt hat. Ohne die Willkürverlager wäre unsere Finanzlage ganz erträglich. Fahren wir auf dem bereits betretenen Wege der Starkefort fort, so haben wir auch wieder zu einer Finanzlage kommen, die uns erlaubt, ohne weitere Steuern der Landwirtschaft zu Hilfe kommen zu können. Durch solche Träumereien, wie sie der Antrag des Grafen Kanitz hier anregt, eckel werden wir die Lage der Landwirtschaft. Das Geschäft des Antrags liegt darin, daß unbestimmte künftliche Gewinne für die durchführbar halten. An der Unbestimmtheit des Antrages ändert das aber nichts, denn das Ende eines Versuches wäre das Scheitern in dem Abgrunde einer agrarisch-sozialistischen Wirtschaft. Merkwürdig ist es daher, daß trotz der Behauptung, daß es der Landwirtschaft schadet geht, die Großgrundbesitzer in Pommern ihren Beschäftigten 1885 fest verpagt haben. Gehe wir daher an den Antrag Kanitz heranzugehen, müssen wir erst eine Gnade sowohl über die Lage der Grundbesitzer und auch der künftlichen Arbeiter haben. Ich bitte die Regierung daher um eine umfassende Agrarreform. Ihre Kosten würden sicher von ganzen Haus bewilligt werden; denn wir gewinnen dadurch erst den festen Boden, von dem wir aus weiter gehen können, was zu geschehen hat. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Graf von Bernstorff (Auenburg, R. P.) giebt die Erklärung ab, daß seine Freunde gegen den Antrag stimmen werden; sie verneinen aber die Wichtigkeit des Gegenstandes nicht und begründen daher auch das Verlangen einer Agrarreform nicht mit Freunden. Diese würde nachweisen, daß in der That eine Nothlage vorhanden ist. Der Antrag sei im Augenblick nicht oportuno; erst müsse man die Wirrungen der Aufhebung des Identitätsnachweises, die Entwirrung der Währungsfrage und die Reform der Produktionsverhältnisse abwarten. So lange noch andere Wege offen seien, sollte man nicht zu einem solchen letzten Mittel greifen. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.) Ich kann namens meiner Freunde, einschließliche derjenigen, die dem Bund der Landwirtschaft angeschlossen sind, den Schritten der Konservativen im Interesse der Landwirtschaft für gefährlich halten. Wir werden daher gegen den Antrag stimmen. Der Graf Kanitz meinte, er habe mit seinem Antrage bezwecken wollen, daß die Landwirtschaft den Markt nicht verlieren. Ich fürchte, eher tritt das Gegenstück ein, denn die Konservativen sehen mit ihrem Antrage aufgetaucht ist, der Antrag bezweckt weniger eine ernsthafte Prüfung, als daß er die etwas verlebte Agitation des Bundes der Landwirtschaft bis zur nächsten Session wieder aufzufrischen sollte. (Zustimmung.) Ich will nur diesen Verdad nicht einengen. Daß die Landwirtschaft sich in einer Nothlage befindet, leugne auch ich nicht; es fragt sich nur, mit welchem Mittel ihr abzuhelfen sich würde. Denn in letzter Zeit und jetzt wieder mit diesem Antrag betriebenen Bestrebungen kann ich diese Wirkung nicht zuschreiben. Mit den übertriebenen Eclaircissements von der Nothlage der Landwirtschaft im Osten, wird man dieser nicht zu Hilfe kommen. Der Graf Kanitz hat seine Preisveränderungen stets nur auf das Getreide beschränkt; er hat aber die Nothwendigkeit ganz außer Acht gelassen, deren Preise gestiegen sind. Von fleißigen intelligenten Landwirthen kann zudem heute durch rationelle Wirtschaft sich zum doppelten des bisherigen Ertrages erzielt werden. Darin liegt doch auch ein Anzeichen. Die Schwierigkeit liegt häufig in dem mangelnden Betriebskapital, daß verneine ich nicht, ebenso wenig, daß jahrelange niedrige Preise die Situation außerordentlich erschweren müssen. Aber die Preise der letzten Jahre sind doch nicht als die normalen anzusehen, die sich aus dem Produkt mehrerer günstiger Ernten nicht bloß in Deutschland, sondern die Preisveränderungen des Antrags anlangt, so hat sich schon der Abg. Dr. Bachem ausführlich damit beschäftigt. Und ich muß sagen, je länger ich mich damit beschäftige, um so schwieriger scheint mir die Sache, die Graf Kanitz so leicht nimmt. Graf Kanitz und seine Freunde haben aber kein Bedenken getragen, einen Antrag einzubringen, der doch sehr nach dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat schniekt. Ich muß sagen, so lange das Reich und der Reichstag besteht, ist bisher noch kein Antrag eingebracht worden, der so sehr geeignet gewesen wäre, Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokraten zu liefern. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten. Sie sagen: Sehr richtig! und in der That muß es Ihnen (den Sozialdem.) äußerst angenehm sein, einen so unerwarteten Sultus zu bekommen. Der Antrag untercheidet sich jedoch von dem Antrage des französischen Sozialisten Jaurès, der zugleich auch noch nebenbei den Minimallohn der Arbeiter fixieren wollte; denn Jaurès will die Vorräthe der Manipulation des Getreides zuwenden, sowohl den Produzenten wie den Konsumenten, während dieser Antrag Kanitz doch nur den Produzenten zu Gute kommen soll. Neben den Schwierigkeiten des Antrags an sich sind noch die politischen und sozialpolitischen Konsequenzen zu berücksichtigen. Welchen Anspruch hat denn die Landwirtschaft allein auf eine Mindestrente? Warum nicht auch der Handel, Gewerbe, Industrie? Warum nicht auch die Arbeiter? Lebt denn nur die Landwirtschaft in schwieriger Lage? So gefährdet, wie die Erfindung eines Arbeiters ist doch die des Landwirthes nicht. Wir leben unter Produktionsverhältnissen, daß ich fürchten muß, es tritt eine Produktionskrise ein. Die Folgen wären ein erheblicher Anfall in den Löhnen der Arbeiter. Da können doch also diese weit eher einen bestimmten täglichen Lohn garantirt verlangen. Herr Jaurès hat das ja auch schon gethan. Bei

uns würde es nicht ausbleiben. Wie würden Sie (rechts) sich dazu verhalten. Haben Sie sich auch überlegt, wie ein solcher Antrag, wie der vorliegende, auf ihre eigenen Arbeiter wirken muß. Sie sind niedrig entlohnt, können aber sehr gut die Verhältnisse in anderen Gegenden. Das beweist ja die Sachlage. Aber können Sie aber von den Leuten verlangen, daß sie mit ihrem Lohne zufrieden sind, wenn ein solcher Antrag Gesetz würde. Die Leute würden sicher denselben Lohn verlangen, wie die Arbeiter im Westen und Süden, einen Minimallohn für ganz Deutschland. Dabei würde es noch nicht einmal bleiben. Es würde zu gewaltigen Ausbrechungen kommen, die mit Wassengewalt niedergeschlagen werden müßten. Die Begehrlichkeit würde nur noch steigen. Auf diesem Weg werden wir durch den Antrag geführt. Was an diese Höhe der Gemeingefährlichkeit hat noch kein Antrag herangezogen (Kärm rechts, Zustimmung links), das war den für konservativ gehaltenen vorbehalten (Beifall links). Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich wieder auf einen Weg gerathen, der es möglich macht, daß alle und auch die Regierung mitarbeiten können an der Abhilfe der Nothlage der Landwirtschaft. Einer Agitation, die so gefährlich vorgeht, muß das Herz aus der Hand genommen werden, (Konf. rechts, Zustimmung links). Der Antrag wird mit überwiegender Mehrheit abgelehnt werden, die Wiederlage wird eine ganz offene Frage ein Ausgangspunkt sein für die Umkehr einer wüsten Agitation draußen und verkehrter Bestrebungen hier im Hause, und dafür, wirksame Versuche der Abhilfe der schweren Nothlage unserer ganz wirtschaftlichen Zustände unter Mitwirkung aller Parteien. Sollte dieser Antrag in seiner Überfertigung und in seiner Abfertigung dazu dienen, dann will ich sagen, es ist ein Glück für das Land und insofern würde ich Ihnen auch dankbar sein, daß Sie ihn eingebracht haben. (Beifälliger Beifall links und im Centrum.)

Abg. von der Groeben (konf.) wendet sich gegen den Vorredner, der sich gegen die Landwirtschaft in so starken Ausdrücken bewegt habe, wie man sie früher bei ihm nicht gewohnt gewesen sei. Er habe sich in schändlichen Uebertreibungen bewegt.

Präsident v. Borchow macht darauf aufmerksam, daß der Anredner „schändlich“ mit Bezug auf die Ausführungen eines Mitgliedes des Hauses sich in den parlamentarischen Grenzen nicht bewegt.

Abg. von der Groeben (fortfahrend): Was liberal ist, mögen die Liberalen besser wissen, aber zu entscheiden, was konservativ ist, das müssen sie den Konservativen überlassen. Wenn man auf die Gegenwirkung der Sozialdemokraten über diesen Antrag hinwiese, so war deren Freude über die Handelsverträge noch weit größer. Wo Konsequenz dieses Antrags eine Fixierung der Löhne zu verlangen, ist übertrieben, höchstens konnte man doch von den landwirtschaftlichen Behörden sprechen. Die Art, wie Abg. Bachem den Antrag bekämpft, mußte den Eindruck machen, als ob er kein Feindstück gegen die Landwirtschaft nur in sehr gefährlicher Weise verübt. Denn er habe jede Gelegenheit, der Landwirtschaft einen Hieb zu versetzen, ergriffen und er habe Schwierigkeiten und Unvollständigkeiten konstruirt, die sich nie ergeben würden.

Abg. Richter (fr. P.): Herr v. Bennigsen hat den Antrag nur so gefeilt, wie er geeignet zu werden verdient. Gerade die Haltung des Herrn v. Bennigsen mußte Ihnen zeigen, wie sehr es mit Ihnen bezag gegangen ist. Der sittliche Ernst seiner Rede stand in wohlthätigem Gegensatz zu der grenzenlosen Oberbärtigkeit des Vorredners, der nicht einmal den Beifall seiner Partei erhalten hat. Durch die namentliche Abstimmung über diesen Antrag werden wir Sie dazu zwingen, sich zu ihm zu bekennen. Wenn wir Sie dann alle hüßlich befehlen haben, dann desto schämlicher für Sie, desto besser für uns. Der Antrag ist lediglich agitatorischer Natur, um, da Ihnen auf zehn Jahre jeder agitatorische Stoff entzogen ist, Ersatz zu bilden. Jetzt haben Sie wieder Agitationsstoff und Herr von Pöhl hat einen Gegenstand, auf den er reifen kann (Große Heiterkeit). Für die Finanzminister wäre es doch, wie ich meine, sich auf diese neue Einnahme einzulassen. Die Einzelheiten, wie sein Antrag auszuführen sein würde, können den Grafen Kanitz nicht; die mag, sagte er, die Kommission lösen. Da möchte ich beantragen, dieser Kommission auch die Lösung der sozialen Frage zu übertragen (Heiterkeit); ja die Sache muß im Großen behandelt werden; die Frage muß gelöst werden (Große Heiterkeit). Der Antrag würde die Beziehung gegenüber dem überaus demnachstehenden. Sie reden von dem Nutzen des Vertrags für die Landwirtschaft. Aber was hat die Landwirtschaft mit der Grundrente zu thun? Die Pächter haben von diesem Antrage gar nichts. Wie steht es denn mit der Befähigung der Herren rechts für die Landwirtschaft? Sie sind mehr die Repräsentanten des Westes als wirklich Sachverständige in diesem technischen Gewerbe. Der Antrag würde das Schuldennutzen erleichtern, die Verhältnisse selbst aber nicht ändern. Die jetzigen Pächter würden freilich das Geschäft des Staates einschleimen, aber die späteren Erwerber würden den durch die geleistete Rente erhöhten Werth des Grundstückes bezahlen müssen und die Lage der Landwirtschaft wäre unverändert. Die Lage wäre sogar noch schlechter, weil stets zu befürchten wäre, daß die Rente wieder aufgehoben wird. Würde der Antrag Gesetz, dann würde ich der Erste sein, der nicht nur sofort den achtstündigen Arbeitstag, sondern auch den Minimallohn einführt. So kann man aus einer Forderung in die andere und schließlich dahin, daß der Staat die gesamte Vertheilung der Produktion übernimmt. Ein Privatbetrieb, der das Risiko ablehnt, hat keine Existenzberechtigung mehr. Und mit seinem Aufhören hört auch das Privateigentum auf. (Abgeordneter Bebel: Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten haben alle Ursache, Sie von sich abzuwehren, denn sie sind hunderte Male vernünftiger als Sie. (Beifall.) Das hat der Abg. v. Bennigsen schon nachgewiesen, daß der Antrag zunächst die Landwirtschaft selbst schädigt. Aber darin heize ich ihn willkommen, daß er die letzten Konsequenzen Ihrer Bestrebungen zeigt und vollständig das Land zwischen den Schulden der Landwirtschaft und denen der Industrie zerreißt. Mit Augenblicke hatte Fürst Bismarck vor der Zerreißung dieses Bundes gewarnt. Sie haben es unbeachtet gelassen. Dann aber ist der Antrag auch im Interesse der Klärung Ihres Verhältnisses zur Regierung willkommen. Die von dieser Ihnen nach den Handelsverträgen entgegengebrachte Kompensations-Politik hat nur Ihre Begehrlichkeit gesteigert und das mußte die Regierung veranlassen, diese Kompensationspolitik aufzugeben. Mit Recht

hat der Abg. v. Bennigsen den Antrag gemeinverständlich genannt. Mit viel größerem Recht als gegen die Sozialdemokraten dürfte jetzt gegen die Konservativen ein Sozialengesetz gemacht werden, (Lärm rechts, Zustimmung links) und zwar mit allen Verschärfungen, die damals abgelehnt wurden, dem Ausweisungsparagrafen x. und an der Spitze der Ausgewiesenen würden stehen die Regierungspräsidenten und Landwirthe (Geheiterkeit) und müssen wir uns zusammenschließen zu einer großen Demonstration, (Lärm rechts) um die wachsende Begehrlichkeit der Konservativen in die gebührenden Schranken zurückzuführen, (Lärm rechts, Beifall links.)

Abg. Riebermann v. Sonnenberg (Antisemit) tritt für den Antrag ein; kann man nicht dafür sorgen, daß die Wurzel des finanziellen Lebens, die Landwirtschaft gesund bleibt und daß der Baum der Landwirtschaft nicht entwurzelt werde. Von den jetzigen Verhältnissen haben nur die Spielarten Verfall. Er frage den Abg. Bachem, ob das etwa christlich-germanisch ist. Der Liberalismus habe nie verstanden, den Staat zu erhalten; jetzt thue sich eine Mischung an, die den Staat nicht nur erhalten, sondern auch gestalten will auf der Grundlage der konservativen Zusammenschließung der Berufs- des Schutzes des Mittelstandes, Handwerkes und Landwirtschaft. Der Antrag müge in Einzelheiten aufsehbar sein, aber er soll ja nur zeigen, ob und welche Mittel zur Hebung der Landwirtschaft vorhanden sind. Wenn man von den sozialistischen Tendenzen des Antrages spreche, so erwidere er, mit einem Tropfen sozialistischen Delis müße heute jede Partei gefüllt sein. Daß der Abg. Bachem heute der Gesamtansicht des Centrums Ausdruck gegeben habe, könne er kaum glauben, denn beim Falle Rieber habe sich ja erst jetzt gezeigt, welche Kluft im Centrum vorhanden sei. Der Antrag entspreche dem Grundsatz: „Jedem das Seine.“

Abg. Dr. Schippel (Soz.) meint, wenn der Antrag Gesetz würde, so würde das ein Verbruch an unseren Vertragsstaaten sein, der unerhört wäre in der Weltgeschichte, schon deshalb sei er unannehmbar. Dann aber proklamire er sich zum ersten Mal den Grundsatz, daß ein paar Tausend Ritter von der traurigen Defonomie das Recht haben, aus den Tausenden von Hunderttausenden, von Willenen Konsumenten eine Mindesteinnahme zu erhalten. Darbende und Entbehrende sollen zur Über gelassen werden, damit ein paar Leuten auf ihren Schließern ihre Präsentationen anrecht erhalten und ein Patrimonium für Nachkommen herbeigeführt werden könne. Erhöhe man hinsichtlich der Lebensmittelpreise, dann werde auf der ganzen Länge der Lebensspanne beginnen und muß denn aus den Herren kommen werden? Der Abg. von Bennigsen hat heute einen großen Theil von den Schutzeleiten zurückgenommen, die er den Konservativen gesagt hat. Er hat sich ihnen überzogen, daß verbindliche Reue diesen Leuten gegenüber nicht angebracht sind. Wenn die Herren nicht anders mehr lebensfähig sind, als aus den Tausenden der armen Leute, dann sage ich: Weg mit ihnen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Der Antrag trat ganz plötzlich und überraschend hervor. Lange hatten wir debattirt über die Höhe der Kornzölle in den Handelsverträgen. Wir haben über den Identitätsnachweis gesprochen. Wir haben das als Dinge von hohem Werthe, von großem Gewicht behandelt; denn es war der Regierung von Ihnen nicht einmal, sondern wiederholt vorgehalten worden, daß die Landwirtschaft sich die Handelsverträge ruinirt werden solle. Um was handelte es sich damals? Um 15 Mk. Zoll für die Zenne Getreide. Daratürlich ein Antrag auf, der erklart, uns kann nur noch dann geholfen werden, wenn wir den Getreidepreis — lassen wir für die eine Getreideart 20, für die andere 50 Mark jein, immerhin Summen, gegen die 15 Mark für die Zenne verschwinden (Sehr richtig). Dieser Antrag ist nun fast wie eine günstige Kritik für den Handelsvertrag. Wenn man die Summe, gegen die man damals gesprochen hat, fallen läßt, dann kommt die Regierung doch nicht so schwer geschädigt daher, als angenommen wird; wenn jetzt nur mit Summen, die das vier- und fünffache von jenen betragen, der Landwirtschaft geholfen werden kann (Sehr gut). Graf Kanitz hat das Verhalten der Regierung getadelt. Er hat es auch damals getadelt, als er im Abgeordnetenhaus plaidirte, nach dem russischen Getreideausfuhrverbot die Kornzölle zu suspendiren, weil die Kornpreise für die Brodpreise zu hoch geworden seien. Ich habe nicht erwartet, daß derartige Sehr nun plötzlich mit einem solchen Antrage kommen würde. (Sehr gut.) Der Antrag übertrifft mich; er übertrifft mich um so mehr, als wir noch vor nicht so langer Zeit aus Jursen der konservativen Partei zu schließen berechtigt waren, daß sie auf einen Minimalpreis für Getreide nicht zu kommen gedachte. In der Sitzung vom 23. November v. J. sprach der Staatssekretär Freiherr v. Marschall davon, daß er irgend einen wirksamen Kern für die Förderung der landwirtschaftlichen Interessen in der aus landwirtschaftlichen Kreisen hervorgegangenen Agitation nicht zu erblicken vermöchte, und sehr dann fort: „Wenn es gelänge, in weiteren Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Ueberzeugung Raum zu verschaffen, daß es in der Hand der Regierung liegt, den landwirtschaftlichen Produkten einen gewissen Minimalpreis zu garantiren — der ökonomische Bericht nicht bei: Widerspruch rechts. Freiherr von Marschall fährt dann fort: „Das ist verlangt worden, wird auch heute noch von ihnen verlangt; ich sage nicht, daß Sie das erstreben, aber die Wirkung der Agitation ist zweifellos.“ Wiederum Widerspruch rechts (Geheiterkeit) — Frhr. v. Marschall fährt dann fort: „Ja, meine Herren, das werden Sie doch nicht in Abrede stellen wollen, daß heute im Lande eine große Agitation vorhanden ist, welche der Regierung zumuthe, dafür zu sorgen, daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht unter eine gewisse Minimalgrenze heruntersinken.“ Widerspruch rechts (Geheiterkeit) — Ich meine davon Nichts, daß diese Bestrebungen keine Unterstützung bei Ihnen finden, aber es ist doch richtig, daß eine solche Agitation vorhanden ist. Zum vierten Male: Widerspruch rechts (Große Geheiterkeit). Es wird mich zuzuführen: Anonyme Neußerungen! Wir am Regierungstische sind aber gewohnt, wenn wir hier sprechen, von Zwischenrufen und mehr oder weniger anonyme Neußerungen begleitet zu werden. Sie können uns aber nicht verdenken, daß diese Neußerungen auf die Dauer auf uns Eindruck machen und wenn bei einer solchen Frage wir einmal Widerspruch erfahren, so würden wir doch die betreffenden Herren unterschätzen, wenn wir nichts darauf geben wollten. Es war also für mich im hohen Grade überraschend, daß nach dem Sie Ende November vorigen Jahres einen Minimalpreis anstrebten widersprochen hatten, jetzt im April der Minimal-

preis als das einzige rettende Mittel hingestellt wird. Aber nicht allein die Pflöchlichkeit, mit der der Antrag kam, hat mich überrascht, ich habe auch in den Motiven eine Ueberzeugung gefunden, insofern, als ich eine Berechnung der Produktionskosten dem ganzen Antrag zu Grunde gelegt fand, die mit denen in Widerspruch stehen, welche nicht lange vorher, wie ich glaube, von autoritativer Seite als die wirklichen Produktionskosten für die Landwirtschaft hingestellt wurden. Graf Kanitz baut seinen Antrag darauf auf, daß die Produktionskosten des Getreides nicht mehr gedeckt werden, und fordert Summen von 215, 165 Mark, — also erhebliche Summen, die in ganz entscheidendem Widerspruch stehen mit dem, was der Antrag der ostelblichen Landwirthe an Se. Majestät dem Kaiser vor einem Jahre forderte. Graf Kanitz will 215 Mk. pro Tonne Weizen, 165 für Roggen, 135 für Hafer. Der Verband der Centralvereine ostelblicher Landwirthe, — meines Dafürhaltens würdige Herren, die ich für autoritativ halte — jagte in seinem Antrag: Die Gestellungskosten für unsere Körnerfrüchte betragen nach sorgfältiger Schätzung im Durchschnitt bei Weizen 160, bei Roggen 140, bei Hafer 120 Mk., das sind 55, 25 und 35 Mk. weniger, als Graf Kanitz sie angiebt (Hört! Hört!). Ja, ich bin ja kein Landwirth, aber das sind doch Zahlen, die das werden Sie begreiflich finden, mich in Verwunderung setzen mußten. Von den Herren, die noch außer dem Antragsteller gesprochen haben, hat kein einziger Dinge angeführt, die nach meinem Dafürhalten die unzuverlässigen Motive erklärt hätten. Sie haben gesprochen über die Noth der Landwirtschaft, über eine Menge anderer Dinge, und warum gerade diese Summen nöthig seien, warum sie so auf diese Getreidearten vertheilt werden müssen, warum es loß die Getreideproduktion sein muß, warum nicht auch das Schwein des armen Mannes dieses Schutzes werth ist, das haben sie nicht gesagt. Sie haben es den Regierungen, wie oft schon, nicht erleichtert, für die Landwirtschaft zu sorgen, weil Sie nicht angeführt haben, wie für sie gejorgt werden kann. Denn das haben doch die Mehrzahl der Unterzeichner selbst nicht geglaubt, daß die Regierungen im Stande und geneigt sein würden, auf diesem Wege der Landwirtschaft zu helfen, einen Weg, auf dem sie nicht nur andere Berufsstände, sondern auch den Staat und nach meiner Ueberzeugung auch das Reich im Ganzen schädigen.

Abg. Bachem hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Enquete über die Noth der Landwirtschaft, eine landwirtschaftliche Statistik eröffnet werden möge und ich meine mich diesem seinem Wunsche wohl zu. (Hört! Hört!) Denn auch ich habe lebhaft den Wunsch, die Landwirtschaft zu helfen, aber ich habe aus den Herren, die Sie vorgeschlagen haben, bisher keinen Anhaltspunkt gefunden, bei dem ich ansetzen könnte. Die Verhältnisse sind — und das ist ja heute vielfach hervorzuheben und auch von meiner Seite bestritten worden — im Osten und im Westen, im Groß- und Kleingrubden, beim veränderten und nicht veränderten Grundbesitz so verschieden, daß ich nicht glaube, die Hilfsmittel liegen sich über einen Raum sicherer. Aber wenn man helfen soll, so brauchen wir mehr als die Behauptungen, die der Antrag enthält und die die Redner heute hier vorgebracht haben, um zu erkennen, wo geholfen werden muß. Nun hat aber eine solche Enquete auch an sich ihre Schwierigkeit. Sie wird lange dauern, viel Geld kosten und ist nach meinem Dafürhalten nicht durchsichtig. Eine selbstständige Enquete für die Landwirtschaft durch das Reich kennt die Reichsregierung nicht. Als Prinzipaliter würde ich der Meinung sein, daß das Aufgabe der Einzelstaaten ist, und ich für meinen Theil würde einen Vorschlag, der mir deshalb gemacht würde, weil eine solche Enquete noch nicht da ist, nicht acceptiren, ich halte mich als Reichskanzler nicht berechtigt, auf eine solche einzugehen.

Da mir die Gründe, die die Antragsteller uns geboten haben, keinen Anhalt geben, auf dieselben einzugehen, so möchte ich, da ich doch einmal das Wort habe, kurz darüber sprechen, wie die verschiedenen Regierungen zu dem Antrag stehen. Und da muß ich bekennen, daß ich das gar nicht weiß, denn die Regierungen sind noch nicht in der Lage gewesen, sich über den Antrag schließig zu werden. Aber ich glaube doch so viel mit einiger Sicherheit sagen zu können, daß ganz abgesehen von allen Einzelheiten, nicht anzunehmen ist, daß dieser Antrag Ihnen in irgend einer Beziehung erwünscht wäre, und zwar nicht nur von dem Wege aus, den die Politik des Reiches bisher bestritten hat, den man den neuen Kurs nennt, sondern auch von dem des alten Kurzes. Ob dieser Antrag mit den Handelsverträgen vereinbar ist oder nicht, darüber wird verchieden geurtheilt, und wenn man juristische Gutachten darüber einholen wollte, so würde vielleicht das eine so, das andere so ausfallen. Aber daß muß ich doch auch bekennen, daß wir, wenn wir den Antrag annehmen wollen, wozu ja von Hause aus nicht die mindeste Aussicht war, bei den Regierungen, zu denen wir in einem Vertragsverhältniß stehen, in eine mala fides kommen (Sehr richtig); und zwar in sehr hohem Grade. Wir würden dadurch Gefahr laufen, das Vertrauen bei anderen Mächten zu verlieren, das zu erwerben und zu festigen wir uns bisher jahrelang bemüht haben. (Beifall.) Wir haben nirgends, an keiner Stelle, der deutschen Ehre etwas vergeben, und haben von Jahr zu Jahr an Vertrauen gewonnen. Wenn aber dieser Antrag angenommen würde, so würde ich nicht geneigt und im Stande sein, die deutsche Politik länger nach außen zu vertreten, denn ich würde alles Vertrauen verloren haben (Beifall). Wir waren in der Wirtschaftspolitik befreit, den Export nach dem Ausland auszubringen. Auch mit dieser Politik werden wir brechen müssen, wir würden kein Vertrauen haben bei den ausländischen Kaufleuten, wir würden auf Schwierigkeiten stoßen bei allen unseren Schritten. Aber auch für die innere Politik des Reichs würde uns der Antrag sehr gewaltig erschweren. Wenn man sich die Einzelheiten etwas näher ansieht, so kommt man sofort zu massenhaften Schwierigkeiten, die in das innere politische Leben auf das Tiefste eingreifen würden. Es würden Streitfragen zwischen den Einzelstaaten entstehen, es bei ihnen Verkaufsstellen für das Getreide eingerichtet werden sollen oder nicht. Was haben wir nicht schon mit den Transaktionsfragen für Schwierigkeiten gehabt? Und nun gar für den Reichskanzler — (Zuruf des Abg. Grafen Kanitz) — Ja, ich weiß, Herr Graf Kanitz, das schlaße Sie gering an (Geheiterkeit) — welches Dblum würde der Reichskanzler auf sich haben, wenn er der Chef einer großen Getreidehandlung sein würde! (Geheiterkeit.)

Ich habe dazu nicht Lust, ich möchte glauben, daß auch in Folge davon das Dblum, das entfallen würde, nicht den Reichskanzler — denn das ist ja ganz egal — aber das Reich selbst geschädigt würde.

Man hat gesagt, diese Vorlage könne auch dazu benutzt werden, um unsere Steuerverhältnisse auf andere Weise zu regeln. Auch das würden wir ja vollkommen untergehen müssen. Wir haben bisher das Bestreben gehabt — wir sind unangenehm worden, weil wir es nicht genaugen gehabt haben sollen — aber wir haben es gehabt, die Kosten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen, somit das mit dem Interesse des Ganzen vereinbar war. Auf welche Schultern würden wir denn hier die Lasten legen, wenn wir 400 Millionen aufbringen? Von wem? Von den Brodteuren, gerade von den ärmsten Klassen, die wir am allerwenigsten belasten können. Am härtesten drückt immer eine Vorsteuer auf die armen Leute, nicht nur, weil sie an sich arm sind, sondern weil sie relativ am meisten Brod konsumiren. (Sehr richtig! bei den Sozialdem.) Es wäre also eine totale Umkehr von unserer früheren Steuerpolitik. Ich glaube also nicht, daß die Regierungen das geringste Interesse an der Annahme des Antrages haben würden. Was nun meine Stellung bezüglich zu dem Antrage angeht, so hat derselbe mich mit Bedauern erfüllt. Denn ich habe die Ueberzeugung, daß die Antragsteller ihre Sache selbst dadurch äußerst schwer fähigen. Ich habe schon vor Monaten die Herren vor gewissen Dingen gewarnt, nicht auf die Majoritäten zu hoffen und die Autoritäten gering anzuschlagen. Es hat nichts geholfen. Sie sind doch mit den Angriffen auf die Autoritäten sehr hoch hinausgegangen, und schließlich haben sie, das fürchte ich, vielfach ihre eigene Autorität in ihren eigenen Kreisen so weit verloren, daß sie nicht nur scheitern, sondern gelächelt werden; und ich, als konservativer Mann, beklage es, wenn die konservative Partei auf eine abschließige Fügung gerath und so schnell an ihr herunterstürzt. Ich habe dann weiter mir die Bitte erlaubt, doch nicht trennend aufzutreten, trennend zwischen die zu treten, die staatsbehaltend sein können, sondern dahin zu wirken, daß die staatsbehaltenden Elemente den manigfachen Gefahren gegenüber zusammenhalten. Ich habe darauf hingewiesen, daß wenn Sie trennend aufzutreten, die Landwirtschaft des Ostens von der des Westens getrennt wird, der Großgrundbesitz von dem Kleingrubden, die Landwirtschaft überhaupt von der Industrie. Das alles muß ich zu meinen aufrichtigen Bedauern — es ist für einen Staatsmann eine harte Pflicht, solche Worte zu sagen — nochmals wiederholen. Aber wenn Sie jetzt noch weiter trennend aufzutreten, so trennen Sie nicht nur die Landwirtschaft von der Industrie, sondern auch alle staatsbehaltenden Elemente unter einander. Ob das, was ich hier sage, die von landwirtschaftlichen Gewerbe leben, sind keine Dargellenstücker, (Hört! hört! links.) diese Leute verlassen ihre Getreide, werden Sie gegen sich aufbringen. (Sehr richtig.) Die Leute werden sich sagen, wenn man für eine große Landwirtschaft sorgt, dann muß man auch für unsere Schweine sorgen und für unsere kleinen Behältnisse, und dadurch wird Mißvergnügen erregt. Endlich habe ich sie noch gebeten nicht agitorisch zu sein. Auch diese Bitte hat keinen Erfolg gehabt. Ich besorge, daß der Antrag, zwar nicht bei den Antragstellern, bei den Herren, die vor mir sitzen, aber wohl in den Händen derjenigen, die den Antrag brauchen benötigen, zu einem Agitationsmittel erster Klasse werden wird. Gensio habe ich je gewarnt vor der Benutzung des Antisemitismus, weil ich der Meinung bin, er führt in daselbe Dargellenstücker, die Sozialdemokratie. Ich habe alle diese Besorgnisse heute in noch stärkerem Maße, als früher. Das, was Sie jetzt thun, erregt eine Unzufriedenheit, die nicht der Landwirtschaft, sondern einer andern Partei — ich könnte Ihnen aus dem „Vorwärts“ einige Zeile vorlesen — zu Gute kommen, die überhaupt die Landwirtschaft diejenige sein wird, die die Kosten bezahlen wird, wenn das, was Sie wünschen, zu Stande kommt. Das aber wird zu meinen Bedauern schon jetzt nicht mehr zu hindern sein, daß Sie eine Erregung im Lande geschaffen haben, die alle Fraktionen tragen wird. Dies auszusprechen, habe ich für meine Pflicht gehalten, und ob Sie mir das übel nehmen, oder nicht — ich bedauere, wenn Sie andere Wege gehen. (Beifall.)

Abg. Werner (D. Rp.): Die Handelspolitik des neuen Kurzes ist es, die der Landwirtschaft am meisten schadet. Die Landwirtschaft ist aber die Stütze des Staates und diese bezeichnet man jetzt als demagogisch. Wenn man die Parteien ansieht, die jetzt mit der Regierung gehen, dann muß einem doch um das Wohl des Staates angst werden. Der Reichskanzler hat auch heute wieder vor uns gewarnt, aber das kann uns nicht hindern, im Lande unsere Pflicht zu thun. Die Bauern sagen die Regierung will uns nicht helfen und treibt uns ins sozialdemokratische Lager (Sehr richtig! rechts). Ich beneide die Regierung nicht um die Ordnungspartei, die ihr in der Partei des Abg. Richter zur Seite steht. Der Antrag Graf Kanitz hat das Gute, daß er der Landwirtschaft helfen will, und eine solche Hilfe ist schließlich notwendig. Aber die Herren von der linken Seite, wollten davon nichts wissen, dagegen werden wir am Montag wieder sehen, wie sie die Bäume vertheidigen werden. Wir vertreten die Interessen des Mittelstandes und werden dann immer weiter schreien, mag man uns lagern, was man will, und wir werden sehen, wer zuletzt lacht, lacht am besten. Abg. Graf Bernstorff (Neslen Welfe) erklärt gegen den Antrag Graf Kanitz stimmen zu müssen, da er eine große Belastung ganzer Volksthümlichkeiten mit sich bringe. Er halte nicht den neuen und die Handelsverträge für die Ursache der schlechten Lage der Landwirtschaft. Nach seiner Ansicht müßte doch den Herren der Kurs, der sie in diese schlechte Lage gebracht habe, verächtlicher sein, als der neue Kurs, der doch immerhin Mäandern für die Landwirtschaft gethan habe. Man habe jetzt die Landwirtschaft mehr zu einem Handelsbetriebe, einer Industrie gemacht. Das sei verkehrt; man müße vor allem die Produktionskosten im Verhältniß zu den Preisen der Produkte bringen, und zu erreichen suchen, daß die Landwirtschaft Durchschnittspreise für ihre Produkte erziele und nicht in einem Jahre hohe und in anderen niedrige Preise, wobei dann noch die hohen Preise meistens den Ausländern zu Gute kommen. Bedenklich gelies doch noch andere Wege, die zur Besserung führen, als der Antrag Graf Kanitz, der eine Konjunktionsbedeute. Er bitte um Ablehnung des Antrages.



